SATZUNGEN
DES
EVANGELISCHEN WAISENVERSORGUNGSVEREINES WIEN

beschlossen in der Vollversammlung am 06.06.2024

1. Name, Sitz, Zweck und Mittel des Vereines

§ 1

1.1. Der „Evangelische Waisenversorgungsverein Wien“ ist nach Art. 69 KV ein evangelisch kirchlicher Verein (Bescheid des Evang. Oberkirchenrates A.u.H.B. vom 13. 7. 2006 Zl. 2541/2006). Er hat seinen Sitz in Wien und bezweckt die Versorgung evangelischer Waisen und anderer junger Menschen, insbesondere aus dem Bereich des österreichischen Bundesgebietes, um sie im Sinne einer christlichen Lebensführung zu verantwortungsbewussten Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen. Diese Versorgung umfasst auch die Durchführung gesundheitsbezogener Maßnahmen im Sinne des Suchtmittelgesetzes (BGBl I 112/1997 i.d.g.F.), sowie eine den individuellen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung.

1.2. Außer Ganz- oder Halbwaisen können, wenn Plätze verfügbar sind, auch andere Pfleglinge dann Aufnahme oder Unterstützung finden, wenn berücksichtigungswürdige Verhältnisse eine solche wünschenswert erscheinen lassen.

1.3. Er hat weitere Aufgaben karitativer Arbeit wahrzunehmen.

1.4. Der Verein verfolgt ausschließlich mildtätige, gemeinnützige und kirchliche Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

1.5. Die Tätigkeit des Vereines ist nicht auf Gewinn gerichtet.

§ 2

2.1 Die Versorgung der Waisen und anderer bedürftiger junger Menschen durch den Verein erfolgt:

a) durch Aufnahme in vereinseigene Anstalten

b) durch Unterbringung in anderen Waisen- und Wohnheimen

c) durch Übergabe in Privatpflege

d) durch Geldunterstützung

e) durch Hilfe für Drogenkranke

2.2 Der Verein trägt gegebenenfalls Sorge, den Austretenden zu einem ihrer Eignung und Fähigkeit entsprechenden Fortkommen behilflich zu sein.

§ 3

3.1. Die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes bestehen:

a) in den regelmäßigen Beiträgen der Vereinsmitglieder

b) in besonderen Geschenken, Stiftungen, Vermächtnissen, Unterstützungen und in dem Ertrag von Sammlungen und Spenden

c) in Beiträgen aus dem Vermögen der Waisen, von den zur Erhaltung der Waisen verpflichteten Personen und Körperschaften, sowie in freiwilligen Beiträgen zugunsten bestimmter Pfleglinge

d) in den Erträgen des Vereinsvermögens

e) in Zuwendungen der öffentlichen Hand

f) in anderen außerordentlichen Einnahmen

3.2. Zur Erreichung des Vereinszweckes ist der Verein berechtigt, sich an Kapitalgesellschaften zu beteiligen - vorausgesetzt,

- dass diese Gesellschaft ähnliche Zwecke verfolgt, wie der Verein selbst, und

- dass die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken zu dienen bestimmt ist.

§ 4

4.1. Die Mittel des Vereines dürfen nur für die Erreichung der in der Satzung angeführten Zwecke verwendet werden. Zuwendungen aus dem Vereinsvermögen an Mitglieder sind

unzulässig. Zuwendungen, gleich welcher Art, an den Verein begründen keinerlei Anteil am Vereinsvermögen. Keine Person darf durch dem Verein zweckfremde Verwaltungsauslagen oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

2. Von den Vereinsmitgliedern

§ 5

5.1. Der Verein besteht aus ordentlichen Mitgliedern, Förderinnen und Ehrenmitgliedern.

5.2. Mitglieder des Vereins können alle eigenberechtigten physischen Personen, sowie juristische Personen und rechtsfähige Personengesellschaften sein, die den Vereinszweck nach Maßgabe dieser Satzungen unterstützen wollen.

§ 6

6.1. Ordentliche Mitglieder sind diejenigen, die sich zu einem Jahresbeitrag verpflichten. Die Höhe des Jahresbeitrages bestimmt alljährlich die Vollversammlung.

6.2. Förderinnen sind diejenigen, welche einen Jahresbeitrag von mindestens dem Zehnfachen des Jahresbeitrages der ordentlichen Mitglieder spenden.

6.3. Ehrenmitglieder werden auf Vorschlag des Vorstandes wegen besonderer Verdienste um den Verein durch die Vollversammlung gewählt.

6.4. Jedes Mitglied hat seinen Beitrag jährlich an die vom Verein bezeichnete Stelle zu bezahlen.

6.5. Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit; die Aufnahme in den Verein kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.

§ 7

7.1. Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen.

7.2. Mitglieder gem. § 5 haben in der Vollversammlung je 1 Sitz und 1 Stimme.

§ 8

8.1. Die Mitgliedschaft endet durch den Tod, den Austritt oder die Ausschließung des Mitgliedes.

8.2. Der Austritt kann nur nach Erfüllung aller dem Verein gegenüber übernommenen Verpflichtungen erfolgen und muss spätestens 4 Wochen vor Jahresschluss dem Vorstand angezeigt werden.

§ 9

9.1. Der Verein hat das Recht, jene Mitglieder auszuschließen, die
a) ihren Verpflichtungen ungeachtet zweimaliger schriftlicher Mahnung nicht nachkommen oder
b) einen die Wirksamkeit oder den Bestand des Vereines gefährdenden Einfluss üben.

9.2. Die Ausschließung erfolgt im Falle a) durch den Vorstand mit einfacher Mehrheit, im Falle b) durch die Vollversammlung mit einer Mehrheit von wenigstens zwei Drittel der anwesenden oder durch Bevollmächtigte vertretenen Stimmberechtigten.

§ 10

10.1. Ausgetretene oder ausgeschlossene Mitglieder haben kein Recht auf Rückerstattung ihrer Beiträge.

3. Von dem Vereinsvorstand

§ 11

11.1. Der Vereinsvorstand führt als Leitungsorgan iSd Vereinsgesetzes die Geschäfte des Vereins und vertritt den Verein nach außen. Er besteht aus 6 bis 12 Mitgliedern evangelischen Bekenntnisses, welche von der Vollversammlung mit einfacher Mehrheit für eine Amtsdauer gewählt werden, die jeweils mit der Abhaltung der drittfolgenden Ordentlichen Vollversammlung endet. Die Wahl erfolgt, sofern die Vollversammlung nicht anders beschließt, durch Stimmzettel. Die Ausscheidenden können wieder gewählt werden; auch mehrfach.

11.2. Scheidet ein Mitglied des Vereinsvorstandes vorzeitig aus, wählt die nächste Ordentliche Vollversammlung ein neues Mitglied des Vereinsvorstandes, dessen

Amtsdauer mit Abhaltung jener Ordentlichen Vollversammlung endet, mit der die Amtsdauer des ausgeschiedenen Mitglieds des Vereinsvorstandes gemäß § 11.1. geendet hätte.

11.3. Im Bedarfsfall kann der Vorstand sich durch Zuwahl im Rahmen der im ersten Absatz festgesetzten Mitgliederzahl ergänzen. Die zugewählten Vorstandsmitglieder gehören dem Vorstand bis zur nächsten Ordentlichen Vollversammlung des Vereines an.

§ 12

12.1. Die Vorstandsmitglieder wählen aus ihrer Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit für die Dauer des Vorstandsmandates der Gewählten: die Obfrau, die Rechnungsführerin, die Schriftführerin und deren Stellvertreterinnen, sowie allfällige andere Amtsträgerinnen.

§ 13

13.1. Der Vorstand tritt nach Bedarf zu Sitzungen zusammen. Die Einladung dazu erfolgt durch die Obfrau. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist die Anwesenheit bzw. im Fall einer virtuellen Versammlung die Teilnahme eines Drittels der Vorstandsmitglieder und absolute Stimmenmehrheit erforderlich.

13.2. In dringenden Fällen darf der Vorstand seine Beschlüsse auch schriftlich im Umlaufwege fassen. Die Verwendung von E-Mail ist dafür zulässig. Schriftliche Beschlüsse des Vorstands sind nur gültig, wenn die Dringlichkeit im Antrag begründet wird und sich jedes Vorstandsmitglied ausdrücklich mit der Abstimmung im schriftlichen Wege einverstanden erklärt.

13.3. Vorstandssitzungen dürfen in begründeten Fällen als virtuelle Versammlung iSd § 2 Virtuelle Gesellschaftsversammlungen-Gesetz (VirtGesG) auch ohne physische Anwesenheit der Teilnehmerinnen durchgeführt werden, sofern für jedes Vorstandsmitglied die Möglichkeit zur Teilnahme von jedem Ort aus mit einer akustischen und optischen Zweiweg-Verbindung in Echtzeit gegeben ist. Es muss dabei jeder Teilnehmerin möglich sein, sich jederzeit zu Wort zu melden und an den

Abstimmungen teilzunehmen. Bei Abstimmungen haben die Vorstandsmitglieder jeweils vor ihrer Stimmabgabe einzeln und ausdrücklich zu bestätigen, über welchen Antrag sie abstimmen. Die Entscheidung, ob ein begründeter Fall für die Abhaltung einer Vorstandssitzung als virtuelle Versammlung vorliegt, obliegt der Obfrau, die die Begründung in der Einladung darzulegen hat.

13.4. Wird die Vorstandssitzung nicht als virtuelle Versammlung iSd § 2 VirtGesG durchgeführt, darf die Teilnahme auch virtuell – sohin ohne physische Anwesenheit – erfolgen. Eine solche hybride Versammlung ist nach den Bestimmungen des § 4 VirtGesG durchzuführen. Für die virtuelle Teilnahme gelten die obigen Ausführungen zur virtuellen Versammlung sinngemäß.

§ 14

14.1. Der Vorstand verwaltet das Vereinsvermögen und besorgt die Angelegenheiten des Vereines, die nicht ausdrücklich der Vollversammlung vorbehalten sind, ohne Anspruch auf Entlohnung. Er trifft alle im Interesse des Vereines gelegenen, ihm geeignet erscheinenden Verfügungen, soweit sie nicht der Beschlussfassung der Vollversammlung vorbehalten sind.

14.2. Insbesondere obliegen dem Vorstand:

- a) die Einberufung der Vollversammlung
- b) die Aufnahme der Pflegekinder und die Bewilligung von Geldunterstützungen
- c) die Verfügung über die von der Vollversammlung bewilligten Geldbeträge
- d) alle Anordnungen über die Pflege und Erziehung der Pflegekinder
- e) die Einstellung, Kündigung und Entlassung von Mitarbeiterinnen
- f) die Berichterstattung über seine Tätigkeit an die Vollversammlung
- g) die Aufnahme von Mitgliedern

§ 15

15.1. Die Obfrau vertritt gemeinsam mit einem weiteren Vorstandsmitglied den Verein nach außen. Sie unterfertigt die Urkunden des Vereines gemeinsam mit einem weiteren Vorstandsmitglied.

15.2. Sie beruft die Sitzungen des Vereinsvorstandes ein und setzt die Tagesordnung fest. Sie führt in den Vorstandssitzungen und Vollversammlungen den Vorsitz.

15.3. Auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Vorstandsmitglieder ist die Obfrau verpflichtet, eine Vorstandssitzung mit der von diesen Vorstandsmitgliedern gewünschten Tagesordnung einzuberufen.

15.4. An die Stelle der Obfrau tritt im Verhinderungsfall deren Stellvertreterin.

§ 16

16.1. Die Rechnungsführerin führt die Buchhaltung des Vereines.

16.2. Auf Beschluss des Vorstandes kann das Vereinsvermögen bei einem vertrauenswürdigen Geldinstitut erlegt und diesem die mit der ordnungsmäßigen Verwaltung des Vereinsvermögens regelmäßig einhergehenden Geschäfte, insbesondere die Leistung von Zahlungen für den Verein übertragen werden. Die erforderlichen Zahlungsanweisungen bedürfen dann der Unterschriften der Obfrau oder ihrer Stellvertreterin und eines weiteren zeichnungsberechtigten Vorstandsmitgliedes. Der Vorstand kann auch einzelne Vorstandsmitglieder zur Zeichnung berechtigen. Die periodischen Geschäftsgebarungsausweise des Geldinstituts (Kontoauszüge) sind zur Kenntnis des Vorstandes zu bringen. Die Ausweise des Geldinstituts über das zu Ende des Berichtsjahres verwahrte Vereinsvermögen sind in der nächsten Ordentlichen Vollversammlung zur Kenntnis zu bringen.

4. Von der Vollversammlung

§ 17

17.1. Die Ordentliche Vollversammlung als Mitgliederversammlung iSd Vereinsgesetzes findet in den ersten sechs Monaten eines jeden Kalenderjahres statt.

17.2. Eine Außerordentliche Vollversammlung ist vom Vorstand innerhalb von vier Wochen einzuberufen
a) auf Beschluss des Vorstandes

b) auf Beschluss der Ordentlichen Vollversammlung

c) auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Vereinsmitglieder

d) auf Verlangen einer der Rechnungsprüferinnen

17.3. Zu jeder Vollversammlung wird rechtzeitig, d.h. mindestens 14 Tage vorher, durch schriftliche Verständigung aller Vereinsmitglieder eingeladen.

17.4. Der Beschlussfassung der Vollversammlung sind vorbehalten:

a) die Wahl des Vorstandes und von zwei Rechnungsprüferinnen

b) die Prüfung der Geschäftsführung des Vorstandes

c) die Bestimmung der jährlich zu Vereinszwecken zu verwendenden Beträge

d) die grundsätzlichen Bestimmungen über die Art der Anlage des Vereinsvermögens

e) Kenntnisnahme des Prüfberichts der Rechnungsprüferinnen und die Beschlussfassung über deren Anträge

f) Erwerb oder Veräußerung von unbeweglichen Sachen, sowie Bauführungen

g) die Aufnahme von Darlehen

h) die Ausschließung von Mitgliedern gemäß § 9.1. b)

i) die Abänderung der Satzungen

j) die Beschlussfassung über die freiwillige Auflösung des Vereines und die Verwendung des Vereinsvermögens in diesem Falle

17.5. Die Vollversammlung kann fallweise einzelne der ihr vorbehaltenen Rechte dem Vorstand übertragen.

17.6. Das Protokoll der Vollversammlung wird durch zwei von ihr gewählte Protokollprüferinnen bestätigt.

§ 18

18.1. Das Stimmrecht ist in der Regel persönlich, ausnahmsweise auch durch bevollmächtigte Vereinsmitglieder auszuüben. Kein solches darf mehr als fünf Stimmen in sich vereinigen.

§ 19

19.1. Die Vollversammlung fasst ihre Beschlüsse in der Regel mit einfacher Stimmenmehrheit in mündlicher Abstimmung.

19.2. Der Beschluss, ein Mitglied auszuschließen (§ 9.1. b) oder ein Beschluss auf Erwerb oder Veräußerung von unbeweglichen Sachen sowie Bauführung (§ 17.4. f) oder ein Beschluss auf Änderung der Satzungen (§ 23) kann nur mit einer Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Stimmen gefasst werden. Für Beschlüsse über die freiwillige Auflösung des Vereines gelten die Bestimmungen des § 24.

19.3. Die Wahl der Vorstandsmitglieder, der Protokollprüferinnen und der Rechnungsprüferinnen erfolgt gemäß § 11, falls die Vollversammlung nicht anders beschließt, durch Stimmzettel.

§ 20

20.1. Die Vollversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 50 Stimmberechtigte anwesend oder durch Bevollmächtigte gemäß § 18 vertreten sind. Für den Fall, dass eine beschlussfähige Vollversammlung nicht zustande kommt, ist eine zweite Vollversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig ist. Dies ist in der Einladung ausdrücklich zu bemerken. Die Einladung zu einer solchen zweiten Vollversammlung kann mit der ersten Einladung verbunden werden.

§ 21

21.1. Anträge zur Tagesordnung der Vollversammlung müssen spätestens drei Tage vor der Versammlung der Obfrau oder deren Stellvertreterin schriftlich mitgeteilt werden.

5. Von der Rechnungslegung und den Rechnungsprüferinnen

§ 22

22.1. Die zwei Rechnungsprüferinnen werden von der Ordentlichen Vollversammlung für eine Funktionsperiode bis zur nächsten Ordentlichen Vollversammlung gewählt. Sie dürfen nicht dem Vorstand angehören. Ihre Wiederwahl ist auch mehrfach zulässig.

22.2. Den Rechnungsprüferinnen obliegt die laufende Geschäftskontrolle und die Überprüfung des Rechnungsabschlusses. Sie

haben innerhalb von vier Monaten nach Erstellung des Rechnungsabschlusses, jedenfalls vor der Ordentlichen Vollversammlung, eine Prüfung der Einnahmen- und Ausgabenrechnung durchzuführen.

22.3. Sie haben der Vollversammlung über diese Prüfung und über die ordnungsgemäße und dem Vereinszweck entsprechende Verwendung der Gelder und über den Vermögensstand des Vereines schriftlich zu berichten.

22.4. Bei ordnungsgemäßer Gebarung haben sie den Antrag auf Entlastung des Vorstandes zu stellen.

22.5. Sie haben das Recht, eine Außerordentliche Vollversammlung zu beantragen.

6. Von der Abänderung der Satzungen

§ 23

23.1. Die Beschlussfassung über eine Satzungsänderung ist nur in einer Vollversammlung über einen vom Vorstand oder von wenigstens 50 Stimmberechtigten gestellten und in der Einladung zur Vollversammlung auf die Tagesordnung gesetzten Antrag zulässig. Die Annahme einer Satzungsänderung kann nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Stimmen beschlossen werden.

23.2. Eine Abänderung der Satzungen, durch welche das Vereinsvermögen dem Zweck der Versorgung evangelischer Waisen entfremdet wird, ist unzulässig.

23.3. Eine Abänderung des vorhergehenden Absatzes oder des § 24 kann nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln sämtlicher stimmberechtigter Vereinsangehörigen (§ 5) beschlossen werden, wobei eine Bevollmächtigung nicht gestattet ist.

7. Von der freiwilligen Auflösung des Vereines

§ 24

24.1. Die freiwillige Auflösung des Vereines kann nur in einer Vollversammlung über einen vom Vorstand oder von wenigstens 50

Stimmberechtigten gestellten, in der Einladung zur Vollversammlung auf die Tagesordnung gesetzten Antrag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln sämtlicher stimmberechtigten Vereinsangehörigen (§ 5) beschlossen werden, wobei Bevollmächtigung nicht gestattet ist.

§ 25

25.1. Bei der freiwilligen Auflösung des Vereines wird zugleich über das Vereinsvermögen mit absoluter Stimmenmehrheit verfügt. Jedoch ist ein Beschluss unzulässig, durch den das Vereinsvermögen den Zwecken der Versorgung evangelischer Waisen entfremdet wird. Über alle dem Vereine für ewige Zeiten gemachten Widmungen müssen durch den Vereinsvorstand Stiftungen im Sinne des jeweils geltenden österreichischen Stiftungsrechtes errichtet werden. Der letzte Vereinsvorstand ist mit der Durchführung dieser Stiftungen betraut. Der Auflösungsbeschluss ist der Behörde anzuzeigen.

25.2 Bei freiwilliger oder behördlicher Auflösung des Vereines oder bei Wegfall des bisherigen begünstigten Vereinszweckes ist das verbleibende Vereinsvermögen jedenfalls ausschließlich für begünstigte Zwecke im Sinne des § 4a Abs. 2 Z. 3 lit. a EStG 1988 zu verwenden.

8. Von dem Schiedsgericht

§ 26

26.1. Über die aus dem Vereinsverhältnisse entstehenden Streitigkeiten entscheidet ein aus fünf Personen bestehendes Schiedsgericht mit absoluter Mehrheit.

26.2. Jeder streitende Teil, und zwar der Verein durch den Vorstand, wählt je zwei Schiedsrichterinnen und schlägt jeweils eine weitere Person als Obfrau vor. Die vier von den streitenden Teilen gewählten Schiedsrichterinnen wählen unter dem Vorsitz der ältesten Schiedsrichterin eine der beiden vorgeschlagenen Kandidatinnen zur Obfrau. Wenn sie sich über deren Wahl nicht einigen können, entscheidet das Los.

9. Von der Verschwiegenheitspflicht

§ 27

27.1. Sämtliche Mitglieder des Vorstandes sowie die Rechnungsprüferinnen sind grundsätzlich verpflichtet, über die Inhalte der Vorstandssitzungen die Verschwiegenheit zu bewahren. Diese Verpflichtung zur Verschwiegenheit gilt auch nach Beendigung der Funktion im Verein.

10. Sprachliche Gleichbehandlung

§ 28

28.1. Soweit in diesen Satzungen Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf alle Geschlechter in gleicher Weise.